

**Daniel Botmann vom Zentralrat der Juden zu Gast beim  
EAK-Bundesvorstand  
„Verantwortung für jüdisches Leben in Deutschland“**

**Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) traf sich heute mit dem Geschäftsführer des Zentralrates der Juden in Deutschland (ZdJ), Daniel Botmann, im Konrad-Adenauer-Haus (CDU-Bundesgeschäftsstelle) in Berlin zu einem intensiven gegenseitigen Gedankenaustausch über die aktuelle Lage.**

Anlässlich des gut einstündigen Gespräches zwischen dem Geschäftsführer des Zentralrates der Juden, **Daniel Botmann**, und dem EAK-Bundesvorstand betonte der **EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel MdB**, dass es ein Segen sei, dass es nach der Schoah wieder ein blühendes jüdisches Leben in Deutschland gebe: „Wir haben eine politische und gesellschaftliche Verantwortung für das jüdische Leben und die jüdische Kultur, denn sie sind ein unverzichtbarer und niemals wieder wegzudenkender Teil Deutschlands“.

Der terroristische, bestialische Angriff der Hamas am 7. Oktober in Israel bedeute hingegen den dunkelsten Tag für das Judentum seit dem Holocaust. „Dieses Verbrechen“, so Rachel, „beeinflusst nicht nur die Juden in Israel, sondern auch in Deutschland, Europa und der gesamten Welt in ganz massiver Weise. Plötzlich gibt es wieder handfeste existentielle Bedrohungen für jüdisches Leben auf der ganzen Welt. Alte Ängste brechen auf, neue Traumatisierungen entstehen.“

Das Vertrauen vieler jüdischer Gemeinden sei erschüttert. Es sei unerträglich und völlig inakzeptabel, wenn jüdische Eltern wieder Angst haben müssten, ihre Kinder in die Schule oder den Kindergarten zu schicken, wenn Häuser und Wohnorte von Jüdinnen und Juden mit

dem Davidstern markiert, die Kippa aus Angst abgenommen und sich antisemitische Hetze und Gewalt in widerwärtigster Weise auf den Straßen Deutschlands wieder ihre Bahn brechen würde.

**Thomas Rachel:** „Es ist unsere politische Pflicht und Verantwortung, Antisemitismus konsequent zu bekämpfen. Gott sei Dank haben Jüdinnen und Juden wieder eine Heimat in Deutschland. Ihre Sicherheit und die des Staates Israel sind unsere Staatsräson.“ Dies müsse von allen, die in Deutschland leben wollen vollumfänglich akzeptiert werden.

Nun muss alles darauf konzentriert werden, die Freilassung der rund 240 Geiseln aus den Händen der Hamas Terroristen zu erreichen. Hier sind alle Länder sowie die UNO mit ihren Möglichkeiten gefordert.

**Daniel Botmann** vom Zentralrat der Juden in Deutschland betonte: „Gerade in Zeiten der Bedrohung hält die jüdische Gemeinschaft zusammen. Wir fordern einen wehrhaften Rechtsstaat und auch die Wehrhaftigkeit unserer offenen Gesellschaft gegen Judenhass und Israelfeindlichkeit. Es darf nicht nur bei Bekenntnissen bleiben.“

Es wurde deutlich: Jeder Angriff auf jüdisches Leben in Deutschland ist zugleich ein Angriff auf uns und unsere Werte, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat und unsere freiheitlich-tolerante Art zu leben.